Nummer 312

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil W. Funk, Berlin; Politischer Teil Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: E. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Krausenstr. 27.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 72. Jahrgang Donnerstag, 8. Juli 1926

Die Ultralinken.

Die Richtungskämpfe bei den Kommunisten.

Je entschiedener die Kommunistische Partei sich, entsprechend den Richtlinien des Moskauer Revisionismus, nach rechts an die Seite der Sozialdemokratie orientiert, um so stärker wird in der K. P. D. die Opposition, deren zugkräftigste Parole das Erinnern an die Tatsache ist, daß die Kommunistische Partei in Deutschland allein durch den Kampf gegen die Zweite Internationale zur Bedeutung gelangt sei. Lange hat die kommunistische Parteileitung energisch jede Berichterstattung über die inneren Auseinandersetzungen in der Partei unterdrückt. Als es aber zum Ausschluß verschiedener Reichstagsabgeordneter aus der Partei kam, und als unter der Führung der Ausgeschlossenen die Opposition außerhalb der Partei sich zu neuen Kampfgruppen zusammenfand, ging die deutsche Parteileitung im Einverständnis mit der Moskauer Zentrale zu der neuen Taktik über, die Auseinandersetzungen vor der Oeffentlichkeit zu führen. In den letzten Wochen hat es sich gezeigt, daß die Oppositions- und Sezessionsbestrebungen innerhalb der Partei so stark wurden, daß eine öffentliche Abrechnung und Heerschau nötig schien. Zu diesem Zwecke wurde ein Berliner Bezirksparteitag einberufen, der dieser Tage stattgefunden hat. Die Verhandlungen auf diesem Parteitag beanspruchen ein Interesse, das weit über die Grenzen der Partei hinausgeht.

Daß es sich bei dem Berliner Bezirksparteitag tatsächlich um eine groß aufgezogene Veranstaltung handelte, zeigt schon die Tatsache, daß bestellte Kundgebungen von den kommunistischen Zentralen des Auslandes und besonders aus Rußland vorlagen. In allen diesen telegraphischen Kundgebungen ist die Rede von der Notwendigkeit, den schonungslosen Kampf gegen „linke und ultralinke Abweichungen" aufzunehmen. Das ist denn auch auf dem Parteitag gründlich besorgt worden. Die Meinungen sind mit großer Schärfe aufeinandergeplatzt, aber aus dem ausführlichen Tagungsbericht geht doch hervor, daß die Opposition, die noch in der Partei sich befindet, sehr stark ist. Der Führer ist der Abgeordnete Urbahns, der in Berlin besonders die Erwerbslosen hinter sich hat. Es erübrigt sich, auf die sachlichen Auseinandersetzungen zwischen Mehrheit und Opposition in der Partei einzugehen. Die Feststellung genügt, daß die Opposition gegen die Richtung Thälmann in erster Linie den Vorwurf der Opportunitätspolitik erhebt. Wichtiger sind für uns die Zahlen, aus denen die Stärke der Opposition hervorgeht. Die innerhalb der Partei vorhanden ist, und der der Parteitag eine kurze Frist für die Entscheidung gestellt hat: Gehorchen oder Ausschluß. Die Schlußresolution auf dem Parteitag wurde mit 115 gegen 32 Stimmen angenommen. Die linke Gruppe auf dem Parteitag betrug also etwa 20 Prozent der Gesamtheit. Aber es scheint, als ob die Wahl der Delegierten unter dem Druck der Mehrheit nicht ganz einwandfrei vor sich gegangen ist und daß in Wahrheit die Opposition in der Wählerschaft viel größer ist. Jedenfalls mußte der Versammlungsleiter, der Landtagsabgeordnete Pieck, selbst feststellen, daß in der vorbereitenden Diskussion draußen in den Bezirken den 852 Vertretern der Mehrheit 404 Vertreter der Opposition gegenübergestanden hätten.

Bei der Bewertung dieser Zahlen muß besonders die Tatsache beachtet werden, daß ja ein erheblicher Teil der Kommunistischen Partei sich bereits abgesondert hat und außerhalb der Partei steht. Die Führer dieses Teiles sind Leute wie Iwan Katz, Korsch, Schwarz, Maslow, der in den nächsten Tagen aus dem Gefängnis entlassen wird und gegen dessen von der Ultralinken geplante feierliche Begrüßung die Kommunistische Parteizentrale einen scharfen Ukas erläßt), Ruth Fischer und Scholem. Rechnet man die Anhängerschaft dieser linken Führer zu der jetzigen Opposition in der Partei, so kommt man zu dem Schluß, daß die Thälmann-Richtung vielleicht kaum noch die Hälfte der kommunistischen Wähler hinter sich hat. Man muß auch bedenken, daß, wie die genannten Namen zeigen, die Intelligenz bei der Opposition ist. Wer die Reichstagssitzungen der letzten Zeit verfolgt hat, konnte feststellen, daß die Redner, die die offizielle Kommunistische Partei stellt, Stammler und Laien sind gegen den geschickten und kenntnisreichen Katz und gegen die feurige Beredsamkeit Ruth Fischers. Iwan Katz versucht jetzt, die Opposition zu sammeln, indem er die Losung „Spartakus" gegen den revisionistischen Neukommunismus ausübt. Die Nervosität der „Roten Fahne" ist bezeichnend für die Zugkraft dieser Parole.

Als vor zwei Jahren die radikale Richtung Ruth Fischers in Deutschland nicht zu dem von Moskau gewünschten Erfolge führte, wurde sie von Moskau abberufen. Wenn es jetzt der Richtung Thälmann nicht gelingt, sich zu behaupten, wird sie das gleiche Schicksal ereilen. Unveränderlich nur ist gegenüber dem ständigen Schwanken des kommunistischen Kurses die Tatsache gewesen, daß die Sozialdemokratische Partei, immer in Sorge um ihren linken Flügel, stets ihre Haltung von der kommunistischen Politik abhängig machte.

Dr. J.

Der Entscheidungskampf gegen den Bolschewismus in China beginnt.

Offensive Tschangtsolins und Wupeifus gegen die Revolutionsarmee.

TU Paris, 8. Juli.

Wie aus Peking gemeldet wird, hat die gemeinsame Aktion der Marschälle Tschangtsolin und Wupeifu gegen die Nationalarmee in der Provinz Schansi begonnen. Die Streitkräfte der Nationalarmee sollen große Verluste an Toten und Verwundeten erlitten haben. „Daily Mail" beziffert die Zahl der Toten auf mehr als 7000.

Moskau, 8. Juli.

Wie der Botschafter in Tokio, Kopp, ist auch der Botschafter in Peking, Karakan, nach Moskau berufen worden. Die Berufung der beiden ostasiatischen Botschafter wird mit einem bevorstehenden Wechsel in der diplomatischen Vertretung Sowjetrußlands sowie einer grundlegenden Aenderung der Sowjetpolitik im Fernen Osten in Zusammenhang gebracht. Es verlautet, daß die Verhandlungen zwischen dem japanischen Außenminister, Baron Shidehara, und dem Sowjetbotschafter Kopp in der Frage der russisch-chinesischen Eisenbahnen zu einer Einigung geführt haben. Die ostchinesische Eisenbahnpolitik Sowjetrußlands soll während der Anwesenheit der beiden Botschafter im Moskau einer eingehenden Prüfung unterzogen werden.

•

Nationalarmee nennt sich das Heer der mit dem Bolschewismus zusammengehenden revolutionären Partei Chinas. Daß der ganze Kampf Tschangtsolins und Wupeifus gegen den Bolschewismus sowohl in seiner chinesischen wie russischen Form gerichtet ist, geht auch aus den beiden hiesischen Berichten hervor, die nachstehend wiedergegeben werden:

Die Einschüchterung der radikalen Elemente in Peking.

Von unserem Korrespondenten.

Peking, im Juni.

Die Erschießung Shao Piao-pings, des Herausgebers der hiesigen „Ching Pao" hat so abschreckend gewirkt, daß die „Kuo min Hsin Pao", die chinesische Ausgabe der radikalen „People's Tribüne", ihr Erscheinen eingestellt hat. Die Militärbehörden haben ein Exempel statuieren wollen, und das ist ihnen gelungen, denn obwohl die Hinrichtung Shao Piao-pings bei den chinesischen Journalisten große Aufregung hervorgerufen hat, wagten es die chinesischen Blätter nicht, gegen das summarische Verfahren der Militaristen Einspruch zu erheben. Auch der nach dem Abzug der Volksarmee herrschende „weiße Terror" ist von der einheimischen Presse nur sehr vorsichtig kritisiert worden.

Auf japanischer Seite zeigt man sich mit den scharfen Maßnahmen gegen die bolschewistische Bewegung einverstanden, sähe es vielleicht sogar gern, wenn noch weiter unter den Anhängern Moskaus aufgeräumt würde, denn der japanische „North China Standard" erhob schwere Beschuldigungen gegen gewisse Professoren der Pekinger Universität. Es sei bekannt, daß viele Professoren der 9 Regierungshochschulen im Solde der Bolschewisten gestanden hätten. Sie seien verpflichtet worden, monatlich Artikel für die Blätter der Volkspartei zu schreiben und darin die Imperialisten zu beschimpfen. Bei allen diplomatischen Fragen zwischen Rußland und China hätten sie ihr Bestes tun müssen, um die Interessen ihres eigenen Landes zu schädigen. Auch hätten sie ihren Studenten den Bolschewismus predigen müssen. Jetzt wolle keiner von ihnen sein Leben aufs Spiel setzen und das Schicksal Shao Piao-pings teilen, deshalb hätten sie in den Fremdenniederlassungen Zuflucht gesucht, während sie diese fremden Konzessionen bei den Demonstrationen der vergangenen Monate versucht hätten.

Außerdem seien verschiedene Professoren wegen der „Liquidation" der Pekinger Palastschätze verdächtig, denn es sei ein offenes Geheimnis, daß mancher Professor, der in der Kommission für die Liquidation der Schätze mitgearbeitet habe, den Unterricht aufgegeben hätte und jetzt von seinen Renten lebe. Daher seien die Universitäten verwaist; jeder Professor befürchte, daß er auf der schwarzen Liste Mukdens stehe und habe sich darum in Sicherheit gebracht.

Das Blatt weist mit Befriedigung darauf hin, daß alle für den Mai gegen Japan und England in Aussicht genommenen Kundgebungen in Peking ausgefallen sind, da einerseits die meisten der Volksparteileute mit der Volksarmee geflüchtet seien und es andererseits gegenüber Wupeifu und Tschangtsolin nicht ratsam sei, sich als Ueberpatrioten aufzuspielen.

Diesen Vorgängen gegenüber ist man in englischen Kreisen, deren Stimmung in der „Peking and Tientsin Times" zum Ausdruck kommt, zwiespältigen Herzens. Auf der einen Seite haßt man den Bolschewismus und freut sich im stillen über das scharfe Vorgehen der Militärbehörden gegen die radikalen Elemente. Auf der anderen Seite haßt man aber kaum weniger die chinesischen Militaristen und äußert seine Bedenken gegen deren allzu scharfe Maßnahmen. Wenn daher das englische Blatt mit bezug auf die Erschießung Shao Piao-pings bemerkt, „ein derartiges Verfahren kann die nationalen Interessen Chinas nicht fördern, sondern im Gegenteil für China von Schaden sein", so ist zu erwarten, daß die englische Presse zu günstiger Zeit und bei passender Gelegenheit auf die Hinrichtung zurückkommen wird, um sie gegen die Militaristen auszunutzen.

Der Kampf gegen die radikalen Sowjetagenten in der Mandschurei.

Von unserem Korrespondenten.

Charbin, im Juni.

Die an die Sowjetregierung gestellte Forderung Tschangtsolins, ihren Pekinger Botschafter Karakhan abzuberufen, beschäftigt die öffentliche Meinung hier, vor allem wegen der drohenden Form, in der sie erfolgt ist, da Tschangtsolin erklärte, er sehe Karakhan nicht mehr als den Vertreter der Sowjetunion an und übernehme seine weitere Bürgschaft mehr für seinen diplomatischen Schutz. Daß diese Erklärung auch der Oeffentlichkeit übergeben wurde, hat das Außergewöhnliche der Maßnahme noch erhöht.

In antibolschewistischen chinesischen Kreisen hält man Tschangtsolins Vorgehen für vollkommen berechtigt, denn es wird daran erinnert, daß Karakhan vom Anfang seines Amtsantritts an den von ihm selbst ausgearbeiteten Vertrag zwischen China und der Sowjetunion ständig verletzt habe, indem er sich in der Hauptsache mit bolschewistischer Propaganda befaßte, sich in die innerchinesischen Angelegenheiten einmischte, General Feng unterstützte, Waffen einführte und zahllose Forderungen an die chinesischen Verwaltungsbehörden stellte. Sein an Tschangtsolin während des Eisenbahnkonfliktes gestelltes Ansinnen, den Oberstkommandierenden, General Tschanghuanhsiang, abzuberufen, hat dann dem Faß den Boden ausgeschlagen, der Marschall hat danach alle Beziehungen zu Karakhan abgebrochen und betont, er wolle in Zukunft nur noch durch Vermittlung des Mukdener Generalkonsuls Krakowezki mit der Sowjetunion verhandeln. Darauf hat Karakhan den Generalkonsul nach Peking abberufen und an seine Stelle den Sekretär des Generalkonsulates, Rodoffsi, gesetzt.

Krakowezki, der als Führer der gemäßigten Partei unter den Sowjetagenten bezeichnet wird, hat sich allerdings bei Tschangtsolin eine gewisse Vertrauensstellung dadurch zu verschaffen gewußt, daß er während des Eisenbahnkonfliktes gegen die Instruktionen Karakhans, Schritte zur friedlichen Lösung unternommen hat; aber auch ihm traut man nicht, besonders im Hinblicke auf seine recht wechselvolle Laufbahn, die auf eine nicht gerade „vertrauenswürdige" Gesinnung schließen läßt und die in dem hiesigen antibolschewistischen Blatte „Rußkoje Slowo" folgendermaßen geschildert wird: Zuerst Offizier des Zaren, dann Vorsteher des Irkutsker Wahlkreises unter Kerenski, dann Führer der sozialrevolutionären Partei, dann Kriegsminister bei der Regierung Werberowski, dann Offizier unter Kolischak, nach dessen Sturze Anhänger des Generals Rosanow, dann erster Kriegsminister der sozialistischen Regierung in Wladiwostok und nun Generalkonsul in Mukden.

Angesichts dieser erstaunlichen Wandlungsfähigkeit wird die Mukdener Regierung gewarnt, Krakowezki zu viel Vertrauen zu schenken, denn er werde schließlich, ebenso wie Karakhan, die Befehle der Moskauer Zentrale ausführen, die auf die Bolschewisierung Chinas hinausgingen. Deshalb wird von antibolschewistischen russischen Kreisen Charbins ein gründliches Aufräumen unter den Agenten Moskaus verlangt. Die Abberufung von radikalen Staatsmännern allein wird nur als halbe Maßnahme bezeichnet.

Deutsche Abessinien-Anfrage in London.

Die englischen Auskünfte befriedigend.

Nach der Meldung eines Berliner Morgenblattes soll die deutsche Regierung beim Foreign Office Vorstellungen über gewisse Bestimmungen des neuen englisch-italienischen Abessinienabkommens erhoben haben. Wie hierzu von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, entspricht die Darstellung des Blattes nicht völlig den Tatsachen. Es ist von Seiten des Auswärtigen Amtes tatsächlich bei der englischen Regierung angefragt worden, ob durch das neue englisch-italienische Abessinienabkommen für Deutschland, das durch den Vertrag mit Abessinien vom März 1905 die Möglichkeit wirtschaftlicher Betätigung Deutscher in Abessinien erhalten habe, eine neue Lage geschaffen sei, die eine Gefährdung der deutschen Interessen in Abessinien herbeiführen könnte. Die von der englischen Regierung abgegebenen Erklärungen, insbesondere diejenige Chamberlains im Unterhause, sind als befriedigend bezeichnet worden.

Einladung des New-Yorker Bürgermeisters nach Hamburg.

New-York, 7. Juli.

Dr. Cuno lud den Oberbürgermeister Walker mit Gattin persönlich ein, an dem Stapellauf des Hapagdampfers „New-York" in Hamburg im Oktober teilzunehmen und bei der Taufe der „New-York" den Vorsitz zu übernehmen. Walker dankte für die Einladung und erklärte, er wolle die Einladung in Erwägung ziehen. Dr. Cuno fährt morgen auf der „Deutschland" nach Europa zurück.

Persönlichkeiten vor die Front!

Von

einem Deutschnationalen.

Die ausgezeichneten Valentinus-Aufsätze, die kürzlich in den Spalten dieser Zeitung erschienen sind, kamen zur rechten Zeit. Man muß dringend hoffen, daß sie in breitesten Rechtskreisen und insbesondere unter Führern und Anhängern der Deutschnationalen Volkspartei die Beachtung gefunden haben, die sie ohne Zweifel verdienen. Denn die Forderung der gedanklichen Klarheit über das Wesen und geistige Leben der Rechtsbewegung ist in der Tat eine der allerbrennendsten deutschen Gegenwartsfragen.

Alles das, was der Verfasser über die Erschöpfung des demokratischen Gedankens einerseits und über den in der Entstehung begriffenen „vertikalen Aristokratismus" andererseits sagt, in welchem er den Kern der nationalen Bewegung erblickt, kann nur in vollem Maße bejaht werden. Ebenso wird man seiner Forderung nach einem festen Zusammenschluß der Rechtsbewegung mit „volkstümlichem Programm" zustimmen, und insbesondere seine Ansicht teilen, daß dieses Sammelbecken aller national denkenden Deutschen nur die „Standardpartei der Rechtsbewegung", nämlich die Deutschnationale Volkspartei sein kann und muß, will sie sich nicht der „schwersten Gefahr für ihren Bestand" aussetzen.

Zu dieser „konkreten und festumrissenen Aufgabe", eine „geistige Rechte" mit „lebendiger geistiger Berührung ihrer Mitglieder" zu schaffen, die der Verfasser den Deutschnationalen zuweist, sei es gestattet, einige ergänzende Gedanken zum Ausdruck zu bringen.

Ist es auch sicherlich zutreffend, daß nahezu alle die, die in der Politik nicht materielle Vorteile, sondern Idealerfüllung suchen, deutschnational wählen, so entspricht es doch leider lange nicht mehr den Tatsachen, wenn der Verfasser meint, daß die Deutschnationale Volkspartei sich auch heute noch des Zustroms stets sich noch vergrößernder Scharen und einer Wählerschaft erfreut, die mit gläubigem Vertrauen ihren Führern anhängt. Es ist vielmehr durchaus richtig, daß es bisher keineswegs gelungen ist, die großen Spannungen innerhalb dieser Partei zu überbrücken. Ja, man ist heute weiter denn je davon entfernt, aus dem ganz verschiedenartigen Denken solcher Anhänger jene einheitliche weltanschauliche Synthese zu schaffen, mit deren Gewinnung oder Nichtgewinnung die Partei steht und fällt.

Noch fühlt sich zwar die Anhängerschaft der Deutschnationalen Partei „irgendwie untereinander verbunden", aber es muß endlich einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß dieses Gefühl endgültig verloren zu gehen droht, wenn diesem Problem der Synthese, daß immer deutlicher als die eigentliche Existenzfrage der Partei in den Vordergrund tritt, von den deutschnationalen Führern — es ist ja in allererster Linie ein Führerproblem — nicht die allernrnstteste Aufmerksamkeit zugewandt wird. Das ist es, was vor allem neben dem Ringen um die Macht im Staate die Anhänger draußen im Lande mit einer Einmütigkeit verlangen, die in der Tat an das Nietzsche-Wort: „Vorsicht, hier liegt Dynamit!" gemahnt. Denn wird dieses Problem nicht gelöst, so kann und wird es die Partei in ebenso kurzer Zeit sprengen, wie sie zu ihrer heutigen achtungsgebietenden Größe herangewachsen ist.

Gerade weil die Anhänger der Deutschnationalen Volkspartei — wie der Verfasser der Valentinus-Aufsätze sehr zutreffend hervorgehoben hat — von einer weltanschaulichen Klammer zusammengehalten werden, weil es sich bei ihnen um eine innere Einstellung handelt, die von Stand und Herkunft unabhängig ist, oder wenigstens sein sollte, muß die Führung der Partei und ganz besonders die Führung in der Provinz, in den kleinen Städten und auf dem flachen Lande diesen Imponderabilien in weitgehendster und peinlichster Weise Rechnung tragen, soll das vermieden werden, was heute bei ehrlicher Selbstkritik nicht mehr wegzuleugnen ist: die Vertrauens-Krise in der Partei.

Ohne Frage ist ein klares und volkstümliches Programm — wie es der Verfasser der Valentinus-Artikel fordert — von allergrößter Bedeutung. Aber weit wichtiger noch, ja schlechthin entscheidend ist die weitere, leider noch keineswegs selbstverständliche Forderung, daß die Führer in der praktischen Durchführung dieses Programms den Anhängern mit gutem Beispiel vorangehen, daß sie vor allem selber für ihre eigene Person danach leben. Mit aller Entschiedenheit muß von der Führung verlangt werden, daß sie — wahrhin sichtbar und der öffentlichen Kontrolle in hohem Maße ausgesetzt, wie sie ist — sich der Notwendigkeit bewußt in jedem Augenblick den Geführten ein Vorbild zu sein, damit nicht das Programm in ihrem Munde zur Lüge werde und mit dem schmückenden Vertrauen der Sache, die sie zwar mit tönenden Worten, aber leider manchmal nicht mit der Tat vertreten, ein unheilbarer Schaden zugefügt wird.

Gewiß können auch politische Mißgriffe, können Abweichungen von der politischen Linie der Partei verhängnisvoll sein. Aber jedermann begreift schließlich, daß der